

Vorwort

Es war das Jahr Eins nach Napoleons Sturz, als 1816 in Frankfurt am Main die Polytechnische Gesellschaft gegründet wurde, damals unter dem Namen „Gesellschaft zur Beförderung der nützlichen Künste und ihrer Hülfswissenschaften“. Frankfurt befand sich nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft in einer desaströsen Situation, die nach einem politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt geistigen Neuanfang verlangte.

Ihre Gründer wussten, dass dies nur durch die Bürger selbst gelingen konnte. Und so kam, was in einer selbstbewussten mündigen Bürgerschaft, die aus der Tradition der Freien Stadt heraus gewöhnt war, ihre Dinge selbst in Hand zu nehmen, erwartet werden konnte: Es fand sich eine Gruppe überwiegend jüngerer Frankfurter zusammen – Handwerker, Kaufleute, Juristen, Lehrer, Ärzte, Gelehrte –, die die städtische Entwicklung nicht allein dem Rat der Stadt überlassen wollten. Sie hatten die richtigen Ideen, sie wussten, wo in der Stadt zu handeln besonders notwendig war. So begannen sie, konkrete Förderprogramme zu entwickeln und Schritt für Schritt umzusetzen. „Virtus in actione consistit“ – Tugend besteht in Handeln – war einer ihrer Leitsätze. Dahinter stand ein Menschenbild, welches aus dem Liberalismus und der Aufklärung kam: das der Freiheit und Gleichheit aller Bürger, der Selbstbestimmtheit, der Verpflichtung zu Eigenverantwortung, aber auch der Verantwortung für das Gemeinwohl. Sie glaubten an den Aufstieg durch Bildung. Ihr wichtigstes Ziel war es, die Fähigkeiten und das Können des Einzelnen zu fördern, denn nur so ließ sich Wohlstand für alle steigern. Über allem aber stand, dass sie ihre einst so stolze und einflussreiche Freie Stadt wieder ganz nach vorne bringen, sie im nationalen und internationalen Wettbewerb mit anderen Städten konkurrenzfähig machen wollten.

Zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit gehörte die „Vervollkommnung der technischen und ökonomischen Gewerbe“, wie es im Gründungsauftrag heißt. Deshalb stand lange Zeit die Aus- und Weiterbildung der Handwerker – des damaligen Mittelstandes – im Vordergrund. Die „Hülfswissenschaften“ stehen für die damals in lebhafter Entwicklung befindlichen Naturwissenschaften: Physik, Chemie, Mechanik und dem damit verbundenen Gewerbe als Grundlage moderner Wirtschaftsentwicklung. Die Polytechniker unterstützten Erfindungen jeder Art, förderten „Kunstfleiß“, veranstalteten Ausstellungen und Leistungsschauen, also für die Gesellschaft höchst nützliche Entwicklungen.

Daneben übernahmen sie soziale Aufgaben, leisteten Beistand bei Arbeitslosigkeit, Hungersnöten und Krankheit. Sehr viel lag ihnen an praxisorientierter Volksbildung. Sie veranstalteten öffentliche Vorträge über

„Fortschritte der Gewerbekunde“, „Landwirtschaftskunde“, über neue Erfindungen und ihre gewerbsmäßigen Nutzungsmöglichkeiten. Adressaten waren Handwerker, Fabrikanten, Künstler, Lehrer. Besondere Bedeutung hatte die 1822 von Polytechnikern gegründete Sparkasse, die den unteren Bevölkerungsschichten zu Krediten verhelfen, ihnen aber auch sichere Spargroschen garantieren sollte.

Das Programm der Polytechnischen Gesellschaft war in seiner Zeitlosigkeit hochmodern und ist daher auch heute noch aktuell. Es umfasst die Grundbedürfnisse eines jeden Bürgers genauso wie die Notwendigkeiten städtischer Entwicklungsförderung. Die Polytechniker wussten: Immer wieder Neues zu denken und zu erproben ist Voraussetzung für den Fortschritt. Auf diese Weise gelang es der Gesellschaft, nicht nur vorhandene Probleme in der Stadt zu identifizieren, sondern auch an ihrer Behebung mitzuwirken. Nicht zuletzt aus dieser Erkenntnis gründete die „Polytechnische“ immer wieder Tochterinstitute, die auf unterschiedlichsten Feldern tätig wurden.

Aber die Polytechniker beschränkten sich nicht darauf. Denn es gab noch andere Ziele, abgeleitet aus dem Konflikt zwischen Jüngeren und Älteren, zwischen Fortschritt und Restauration. Die junge Generation sah ihre Aufstiegschancen bedroht. Neben liberalen, nationalen oder patriotischen Vereinen, die im ausgehenden 18. Jahrhundert und im 19. Jahrhundert gegründet wurden, hatten auch Polytechniker gesellschaftspolitische Anliegen. Sie alle verstanden sich als „Schrittmacher und Zutreiber des Staatlichen Zusammenschlusses“, wie Dolf Sternberger in seinem Festvortrag „Über den Bürgersinn“ es anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der Polytechnischen Gesellschaft formulierte. Man findet sie als Beteiligte am Vormärz und in der Paulskirchenbewegung.

Die Vereine von damals hatten ihr Gewicht in sich selbst. Sie waren Zusammenschlüsse freier Bürger für Bürger und somit alles andere als Werkzeuge der Obrigkeit. Schließlich hatten sie sich ausdrücklich mit dem Ziel gegründet, wichtige gesellschaftliche Forderungen aufzustellen und in die Praxis überzuleiten.

Um noch einmal Sternberger zu zitieren: „Für das 19. Jahrhundert ist daher die Vereinsgeschichte kaum weniger wichtig als die Staaten- oder Stadtgeschichte. Folgerichtig rangierten die Vereine jener Zeit auch nicht unterhalb der öffentlich-rechtlichen Organe oder Ämter, sondern durchaus neben ihnen“. Im Wettstreit mit der Obrigkeit stellten sie eine innerstädtische Macht dar, denn sie fanden große Aufmerksamkeit und Beteiligung in der Bürgerschaft.

Es ist aufschlussreich, wie stark sich in den Zielen der Polytechnischen Gesellschaft widerspiegelt, was rund vierzig Jahre zuvor in Hamburg mit

der Gründung der Patriotischen Gesellschaft auf den Weg gebracht worden war oder auch 1795 in Lübeck durch die Gründung der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“. In ihren Gründungsmanifesten findet man den gleichen freiheitlichen Geist und den gleichen Willen, zum Nutzen der Allgemeinheit zu handeln. Nie unter kirchlicher oder weltlicher Herrschaft gestanden zu haben, nie Untertanen gewesen zu sein, hatte die Bürger dieser drei Städte geprägt.

Die bürgerschaftliche Mentalität in den drei Städten, über Jahrhunderte gewachsen, ist erhalten geblieben. Frankfurt, Hamburg und auch Lübeck gehören noch heute – oder heute wieder – zu den Städten mit der höchsten Dichte an privaten gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland. Dieses Stiftertum gehört zum Besten, was eine Stadtgesellschaft entwickeln kann.

Diese Haltung hat sich nicht erschöpft. Die Einsicht der Gründer, dass staatliches Wirken durch Initiativen der Bürger ergänzt werden muss, ist heute ebenso gültig wie damals. Die Bürgergesellschaft ist in dieser Gesinnung zum wichtigsten Stabilisator städtischer Gesellschaften geworden.

Die Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft ist insofern auch ein Teil Frankfurter Stadtgeschichte. Die „Polytechnische“ hat die Stadt in ihrer Entwicklung in vielfältiger Weise begleitet und gefördert. Sie hat Rat gegeben und Anstöße für Neues, welches sie zunächst einmal für sich selbst erprobte, bevor sie es weitergab. Immer wieder hat sie auch Aufgaben übernommen, die eigentlich Aufgaben der Stadt oder des Staates gewesen wären. Dennoch wurde sie nie der „caritative Arm“ der Stadt oder lieferte dauerhaft Ersatz für städtisches Handeln. Das Zusammenwirken mit der Stadt mag nicht immer spannungsfrei gewesen sein; letztendlich aber war es harmonisch und konstruktiv bis in die heutige Zeit hinein. Der Stadt und ihrer Gesellschaft hat es großen Nutzen gebracht.

Trotz der vielen Erfolge, die die Polytechnische Gesellschaft erzielen konnte, war ihr Weg nicht ungefährdet. Es gab immer wieder wirtschaftliche Probleme, Engpässe bei der Finanzierung einzelner Projekte oder von Institutslasten. Wiederholt musste eine Einrichtung veräußert oder gar geschlossen werden.

Die größte Bedrohung ging indessen von den Nationalsozialisten aus, denen eine liberale Bürgervereinigung an sich bereits unbequem sein musste, mit einer Mitgliedschaft, die schon seit 1832 jüdische Frankfurter einschloss. Darüber hinaus interessierte sie das Vermögen der Polytechnischen Gesellschaft und die freien Mittel der mit der Polytechnischen eng verbundenen Frankfurter Sparkasse von 1822. Um Einfluss auf die Polytechnische Gesellschaft und ihr Geld entbrannte bald schon nach der Konsolidierung ihrer Macht ein Kampf zwischen dem „braunen“ Oberbürgermeister der Stadt und dem in Frankfurt ansässigen Gauleiter. Es ist

das Verdienst von Dr. Thomas Bauer, durch intensive Recherchen in den Archiven eine Fülle neuer Quellen gefunden zu haben, die Licht in diese dunkelste Zeit der Polytechnischen Gesellschaft gebracht haben. Wir sind sehr froh, nunmehr solide Erkenntnisse über jene Jahre präsentieren zu können.

Die Polytechnische Gesellschaft hat trotz aller Bedrängnisse überlebt, wie im Übrigen auch ihre hanseatischen „Schwestern im Geiste“. Es fanden sich immer wieder genügend Bürger in der Stadt, die bereit waren, ehrenamtlich und mit der gleichen Gesinnung für die Polytechnische tätig zu sein, welche ihre Vorgänger ausgezeichnet hatte, so schwer dies durch die hohen Vermögensverluste durch Inflation und Kriegsfolgen auch war. Nach wirtschaftlich schwierigen Jahren, in denen die Gesellschaft und ihre Töchter kaum Möglichkeiten hatten, Neues und Notwendiges zu tun, bekam sie 2005 mit dem Erlös aus dem Verkauf der Sparkasse von 1822 einen erheblichen Kapitalzufluss, der es ihr erlaubte, ihre Tätigkeit nunmehr in einer materiell völlig neuen Dimension fortzuführen. Sie gründete eine neue große Stiftung; die übrigen Töchter erhielten eine stabile finanzielle Grundausstattung. Damit war sie in der Lage, wieder an das anzuknüpfen, was sie bis in den Zweiten Weltkrieg hinein ausgezeichnet hatte: wichtige Entwicklungen in der Stadt Frankfurt zu fördern und jungen Menschen den Weg zu Bildung und beruflicher Qualifikation zu ebnen.

In einer Zeit, in der de facto zivilgesellschaftliche Selbstverantwortung abgebaut wird durch zunehmende Einflussnahme des Staates, in der bürgerliche Werte „verstaatlicht“ werden und der Citoyen unmerklich zum Kundenbürger mutiert, muss alles getan werden, die Kreativität und die Kraft zivilgesellschaftlichen Engagements in den Städten wieder zu stärken. Es ist heute allgemeiner Konsens, dass künftige gesellschaftliche Entwicklungen aus den Städten kommen werden. Der Aufruf von Hans Jonas an die Bürger, sich der Verantwortung für die Gestaltung der Welt persönlich zu stellen, gilt daher heute unverändert.

Wir würden wünschen, dass das vorliegende Buch in seiner Beschreibung des Werdegangs der Polytechnischen Gesellschaft – in Fortführung der Chronik, die 1966 Franz Lerner unter dem Titel „Bürgersinn und Bürgertat“ veröffentlicht hat – die notwendige Diskussion um die Rolle privaten Engagements in einer modernen Stadt und die Aufgaben einer verantwortungsbewussten Bürgergesellschaft in einer auseinanderdriftenden Stadtgesellschaft anregen.

Für den Vorstand der Polytechnischen Gesellschaft
Professor Dr. Klaus Ring